

WAHLEN ZUM EU-PARLAMENT
UND DEN HAMBURGER BEZIRKSVERSAMMLUNGEN
AM 26.05.2019

**KEINE AFD INS
EU-PARLAMENT
MACH MIT!**

WERDE VOR ORT AKTIV

Aufstehen gegen Rassismus ist eine bundesweite Kampagne, an der sich alle beteiligen können, die mit uns gemeinsam eine breite Bewegung gegen die AfD aufbauen möchten. Du suchst Anschluss zu einer Gruppe, in der du aktiv werden kannst? Dann komm zu unserem Treffen jeden 2. und 4. Dienstag um 19:00 Uhr im Centro Sociale (Sternstraße 2, U Feldstraße).

Mehr Informationen findest du auch auf sozialen Netzwerken und unter www.agr-hamburg.org.

STANDBEGLEITUNG

Wie alle Parteien führt auch die AfD Wahlkampf. Aufstehen gegen Rassismus setzt sich zum Ziel, rechten und menschenverachtenden Positionen entgegen zu treten, wo immer sie auftauchen. Deshalb werden wir auch in diesem Wahlkampf Infostände der AfD begleiten und Passant*innen über die AfD-Politik kritisch informieren. Auch du hast die Möglichkeit, dich rechten Parolen entgegenzusetzen, indem du deine Meinung am Infostand (oder daneben) äusserst oder uns bei unserer kritischen Standbegleitung unterstützt.

**STAMMTISCHKÄMPFER*INNEN-
AUSBILDUNG**

Der Rechtsruck in der Gesellschaft macht sich auch in Gesprächen mit Bekannten, in Pöbeleien und Beleidigungen auf der Straße bemerkbar. Auf einmal machen Arbeitskolleg*innen, Familienangehörige oder Freund*innen z.B. beim Grillfest des Sportvereins rechte und rassistische Aussagen, die uns die Sprache verschlagen. Wir wollen Menschen in die Lage versetzen, in solchen Situationen Position zu beziehen und klare Kante gegen rechtes Gedankengut zu zeigen. Das üben wir in unseren Seminaren. Werde eine*r von 10.000 Stammtischkämpfer*innen! Wann und wo sie stattfinden findest du unter www.agr-hamburg.org.

**WARUM
DIE AFD
KEINE
ALTERNATIVE
IST**

**UNSERE ALTERNATIVE
HEISST SOLIDARITÄT!**



AUFSTEHEN GEGEN RASSISMUS



www.agr-hamburg.org



[facebook.com/AgRHamburg](https://www.facebook.com/AgRHamburg)



kontakt-agr@nadir.org



AUFSTEHEN GEGEN RASSISMUS

WER BEI DEN EUROPAWAHLEN FÜR DIE AfD KANDIDIERT



JÖRG MEUTHEN

...ist auf Listenplatz 1 der AfD für die Europawahlen. Der Bundessprecher der AfD sitzt bereits seit Ende 2017 im EU-Parlament. Dort ist er stellvertretender Fraktionsvorsitzender der rechten EFDD. Im baden-württembergischen Landtag setzte sich die AfD-Fraktion unter Meuthen zuvor für die Umwidmung oder gar Streichung von Geldern zum Gedenken der Verbrechen der Nationalsozialisten, zur Verbreitung des europäischen Gedankens und zur Chancengleichheit für Männer und Frauen ein. Die rechten Staatschefs Viktor Orbán (Ungarn) und Matteo Salvini (Italien) sowie Österreichs Vizekanzler Heinz-Christian Strache von der FPÖ bezeichnet Meuthen als „unsere natürlichen Verbündeten“.



MAXIMILIAN KRAH

...ist auf Listenplatz 3 der AfD für die Europawahlen. Er übernahm die Verteidigung der vier Männer, die 2016 in Arnstorf, Sachsen, einen irakischen Geflüchteten aus einem Netto-Supermarkt hinausprügelten und ihn anschließend an einen Baum fesselten. Der Richter stellte das Verfahren überraschend ein. Rechtsanwalt Krah wünscht sich derweil „überall sächsische Verhältnisse“.



CHRISTINE ANDERSON

...auf Listenplatz 8 ist eine von nur fünf Frauen auf den insgesamt 30 Listenplätzen der AfD. Sie ist aktiv bei PEGIDA in Dresden und möchte sich dafür einsetzen, Deutschland aus dem „EU-Albtraum herauszuführen“. Dabei argumentiert sie völkisch: Die EU könne gar nicht demokratisch sein, da es in Europa keine gemeinsame Schicksalsgemeinschaft oder ein durch ein „Wir-Gefühl“ verbundenes Volk gebe. Den Islam wiederum bezeichnet sie nicht als Religion, sondern als „totalitäre, menschenverachtende Ideologie“ – und hetzt damit gegen 1.6 Milliarden Muslime weltweit.



HANS-THOMAS TILLSCHNEIDER

...auf Listenplatz 19 gehört dem sogenannten „Flügel“ der AfD an, der zum Ziel hat, die AfD noch weiter nach rechts zu treiben. Tillschneider befürwortet eine enge Zusammenarbeit mit der extrem rechten Szene. So befindet sich sein Abgeordnetenbüro in Halle unter demselben Dach wie die „Identitäre Bewegung“. Zusammen mit der neuerechten Denkfabrik „Institut für Staatspolitik“, dem rechtspopulistischen Compact-Magazin und der „Identitären Bewegung“ betreibt er den Verein „Ein Prozent für unser Land“, der als Schnittstelle zwischen AfD, Neuer Rechter und Neonazi-Spektrum eingeordnet werden kann.

WARUM DIE BEZIRKSVERSAMMLUNGEN (AUCH) WICHTIG FÜR UNS SIND

Grundsätzlich können die Bezirksversammlungen zu allen Bereichen, in denen die Bezirksamter tätig sind (zum Beispiel Soziales, Jugend und Gesundheit), Beschlüsse fassen. Diese Beschlüsse sind für die Bezirksamter bindend. Hier kann u.a. über Mittelverteilung an soziale Projekte oder über Bauangelegenheiten wie integrativen Wohnraum im Bezirk entschieden werden. Da sich die AfD im Allgemeinen gegen die Unterstützung solcher Vorhaben ausspricht, ist es umso wichtiger, wer in den Bezirksversammlungen sitzt und Einfluss auf unsere unmittelbare Nachbarschaft nimmt.

WARUM DIE AfD KEINE ALTERNATIVE IST

DIE AfD SETZT IM EUROPAWAHLKAMPF AUF RASSISMUS

Sie fordert Massenabschiebungen und verbreitet Lügen und Falschmeldungen über Muslime und andere Minderheiten. Geflüchtete werden pauschal zu Sozialschmarotzern, Vergewaltigern oder Terroristen erklärt. Eine solch menschenverachtende Haltung ist gerade angesichts der Folgen von Krieg, Hunger und Elend, vor denen Notleidende weltweit fliehen, unerträglich. Meistens fliehen diese Menschen übrigens innerhalb ihres Herkunftslandes oder in benachbarte Länder, nur die wenigsten in die EU. Laut AfD soll die EU ihre Grenzen abschotten – ungeachtet der über 17.000 Toten und im Mittelmeer Vermissten seit 2014. Bestehende Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie will die Partei sichern und setzt sich damit gerade nicht für eine friedlichere Außenpolitik oder die Verhinderung von Krieg ein. Die AfD fordert ein „Europa der Vaterländer“ und einen neuen Nationalismus anstelle einer solidarischen und gerechteren EU.

DIE AfD IST FRAUENFEINDLICH

Die AfD agitiert gegen die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen und Personen, die sich nicht dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zuordnen. Sie sucht offen den Schulterchluss mit Abtreibungsgegner*innen – zum Beispiel beim sogenannten „Marsch für das Leben“. Dadurch versucht die Partei, sich eine Wählerschaft aus der konservativen Mitte der Gesellschaft zu erschließen. Die Familienpolitik der AfD folgt dabei einem erzkonservativen und frauenfeindlichen Rollenbild, in dem Frauen an Heim und Herd verbannt sind. Erkenntnisse der Genderforschung, die z.B. auf die Problematik von männlichen und weiblichen Geschlechterstereotypen aufmerksam machen, weist die Partei als unwissenschaftlich zurück. Diese Politik verwirft damit die fundamentalen Errungenschaften der Frauenbewegung der letzten Jahrzehnte.

DIE AfD GIBT VOR, FÜR EINE „GERECHTE SOZIALPOLITIK“ ZU STEHEN

Aber ihre Forderungen führen zur Entsolidarisierung und zum Abbau des Sozialstaats. Regional und lokal fordert die AfD die Streichung von Geldern für soziale Projekte und politische Bildung. Sie gefährdet hierdurch die demokratische und progressive Entwicklung unserer Gesellschaft – auch in unserem unmittelbaren Umfeld. Statt z.B. über die 100 Milliarden Euro zu reden, die den deutschen Staatsfinanzen jedes Jahr durch Steuerhinterziehung und Geldtransfers ins Ausland durch Reiche entzogen werden, fokussiert sich die AfD auf das Thema „Flüchtlinge“. Dabei beliefen sich die Kosten für die Aufnahme von Geflüchteten im Jahr 2015 nur auf ein Zehntel der jährlichen Steuerflucht. Die Politik der AfD schwächt daher den Kampf für soziale Gerechtigkeit. Das Motto der sozialen Bewegungen und der Gewerkschaften war schon immer: Nur gemeinsam sind wir stark, gespalten gehen wir in die Niederlage.

DIE AfD SCHAFFT PROBLEME

Durch ihre Falschmeldungen, Vorurteile und offene Hetze schafft die AfD ein Hassklima in unserer Gesellschaft. AfD-Abgeordnete suchen die Allianz mit Personen und Vereinigungen aus dem extrem rechten Spektrum und unterstützen diese als Stichwortgeber sowie personell und finanziell. Damit sind sie mitverantwortlich für rechte Gewalt. Seit 2015 gab es über 4000 rechtsextremistische Gewalttaten in Deutschland – im selben Zeitraum davor waren es knapp 2600 gewesen. Es gilt also, dem weiteren Anstieg von Gewalt und Hass entgegen zu treten. Am 26.05.2019 bedeutet jede Stimme für eine andere Partei eine Stimme weniger für die AfD.